

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 15. Ratssitzung vom 19. September 2018

376. 2017/346 Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Eva Hirsiger (Grüne) vom 27.09.2017: Prüfung der Konsequenzen eines flächendeckenden Plastikrecyclings in der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Matthias Probst (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3332/2017): Mit dem Postulat fordern wir die Prüfung der Konsequenzen eines flächendeckenden Plastikrecyclings. Es geht also nicht um eine Einführung von Plastikrecycling, sondern um die Ermöglichung einer Systemanalyse, mit der die Rahmenbedingungen geklärt werden. Insbesondere sollen folgende sechs Punkte genauer untersucht werden. Erstens soll die Logistik geprüft werden: Wie und wo würde Plastik eingesammelt werden, welche Fahrzeuge kommen zum Einsatz und werden Sammelcontainer oder entsprechende Säcke zur Verfügung gestellt? Zweitens soll geprüft werden, wie die Qualität des Sammelguts aufrechterhalten werden kann. Es gibt zahlreiche verschiedene Kunststoffe, die nicht alle gleich gut recycelbar sind. Drittens geht es um den Stofffluss. Es soll geprüft werden, welche Wertstoffkreisläufe in der Stadt optimiert werden können und welche potenziell schliessbar sind. Viertens soll die Energiebilanz überprüft werden, fünftens sind die Besitzverhältnisse und sechstens die Wirtschaftlichkeit zu untersuchen; lohnt sich das Einsammeln finanziell oder welche Bedingungen sind die Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit? Wenn die Ergebnisse schliesslich vorliegen, können wir über eine Einführung debattieren. Die Auseinandersetzung mit Plastikrecycling ist sinnvoll, die Umweltbelastung kann verringert und Kreisläufe können geschlossen werden. Wir werden zukünftig immer weniger verbrennen und Recycling bevorzugen. Es gilt, in der Stadt den Volksauftrag der 2000-Watt Gesellschaft umzusetzen. Das Erreichen eines guten Kosten-Nutzen-Verhältnisses ist möglich, wie die Arbeit von Privaten bereits aufzeigt. Es ist nun an der Zeit, zu organisieren und sich intensiv mit der Thematik auseinanderzusetzen. Ich bin überzeugt, dass Plastik nur der erste Schritt ist und dass wir eines Tages in einem System ganz ohne Verbrennungen leben werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

***STR Richard Wolff:** Matthias Probst (Grüne) stellte schön dar, was auch wir als Ziele einschätzen. Sein siebter Punkt hat er nicht als solchen bezeichnet, aber trotzdem erwähnt: Es gilt vor allem, den Abfall zu verhindern. Auch das ist ein Bestandteil des Prüfungsauftrags, an dem wir bereits arbeiten: Wie kann mit dem entstandenen Plastik umgegangen und wie kann er verwertet werden? Was die Privaten mit dem eingesammelten Plastik machen und ob das Einsammeln wirtschaftlich rentabel und gleichzeitig ökologisch verträglich ist, ist noch zu überprüfen.*

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 25. Oktober 2017 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat scheint harmlos zu sein, es soll schliesslich nur etwas überprüft werden. Es wurden aber Fragen direkt formuliert, so dass sie auch durch eine Schriftliche Anfrage beantwortet werden könnten. Abhängig von diesen Antworten wäre dann ein aktiver Vorstoss mit einer Forderung möglich. In diesem Postulat wird auf Quellen verwiesen, die bereits besagen, dass eine flächendeckende Einführung von Plastikrecycling nicht sinnvoll ist. Es können zirka 0,7 Prozent «der gesamten Treibhausgasemissionen der Schweiz eingespart werden», wird eine Firma im Postulat zitiert. Diese Prozentangabe bezieht sich jedoch auf eine schweizweit flächendeckende Einführung des Plastikrecyclings. Wenn das Recycling in der Stadt eingeführt wird, ist diese Zahl um einiges kleiner. Es handelt sich um keinen relevanten Beitrag zum Klimaschutz. Im Jahr 2016 wurden in der Schweiz 33 Millionen Tonnen CO₂ ausgestossen. Das entspricht zirka einem Promille des weltweiten CO₂-Ausstosses. In der Stadt betrug der Ausstoss im selben Jahr 1,1 Millionen Tonnen. Das entspricht 0,00343 Prozent des weltweiten Ausstosses. Wenn davon nun 0,7 Prozent eingespart werden, wenn also in der gesamten Schweiz das Plastikrecycling eingeführt würde, entspräche das 0,000024 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses – ein flächendeckendes Plastikrecycling in der Stadt ist wertlos. Im Postulatstext wird argumentiert, dass die Verbrennung des Plastikabfalls in den Kehrichtverbrennungsanlagen nicht umweltschonend sei und den 2000-Watt-Zielen widerspräche. Tatsächlich ist aber das Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz mit einem Wirkungsgrad von über neunzig Prozent eine der effizientesten Kehrichtverbrennungsanlagen der Schweiz. Die zitierte Studie Kunststoff-Recycling und Verwertung (KuRvE) der Umtec Technologie AG und der Carbotech AG bestätigt, dass ein flächendeckendes Plastikrecycling nicht sinnvoll ist: «Kunststoffsammlungen aus Haushalten haben, verglichen mit der Sammlung von PET-Flaschen, eine geringe Kosten/Nutzen-Effizienz. Dem verhältnismässig kleinen ökologischen Nutzen stehen hohe Kosten gegenüber. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse des Projekts, [das] im Auftrag von acht Kantonen, verschiedenen Verbänden und dem Bundesamt für Umwelt BAFU durchgeführt [wurde].» Diese gewichtige Studie wird zitiert, deren Ergebnisse aber ignoriert. Die geforderte Prüfung muss nicht durchgeführt werden, sie wird nicht zu neuen Ergebnissen führen. Lösungen können bei der Entstehung von Plastikmüll gesucht und entsprechende Vorstösse eingereicht werden.

Weitere Wortmeldungen:

Sebastian Vogel (FDP): Gegen eine Prüfung ist grundsätzlich nichts auszusetzen. Uns fielen jedoch einige Punkte auf, die uns zur Ablehnung bewegten. Ein Punkt ist die bereits ausführlich erwähnte Relevanz. Des Weiteren kritisieren wir die Logistik: Die Abholung und das Einrichten von Sammelstellen sollen gemäss Postulat zu den hohen jährlichen Kosten von über drei Millionen Franken führen. Der Energieverbrauch des Recyclings der Plastikmaterialien ist ebenfalls sehr hoch und teuer. Die aktuelle Energienutzung der Verbrennung des Plastiks ist in der Form der Fernwärme sehr sinnvoll. Ausserdem folgt das Postulat zu wenig dem Verursacherprinzip.

Guido Hüni (GLP): Wir stimmen dem Postulat auch nicht zu, dies aber aus völlig anderen Gründen. Wir sind der Meinung, dass nur, weil der Effekt klein ausfällt, dieser nicht

verharmlost werden soll. Denn es sind die kleinen Schritte gegen den Klimawandel, die wir beschreiten können. Das Anliegen bewerten wir positiv. In der Schweiz verfügen wir über langjährige Erfahrungen beim Sammeln und Recyceln. Aber Plastik kommt in verschiedensten Formen vor. Die Unterschiede auf der physikalischen und chemischen Ebene sind so gross, dass gemischte Kunststoffe nicht ohne unverhältnismässigen Aufwand wiederverwertet werden können. Diese Thematik wurde bereits in verschiedenen Studien betrachtet. Die KuRVE-Studie kommt zum Schluss, dass lediglich zwanzig bis dreissig Prozent der gesammelten Kunststoffe einem hochwertigen Recycling zugeführt werden können. Der Rest wird nach aufwendiger Sammlung und Sortierung in Zementfabriken verbrannt. Mit einem solchen Recycling werden unweigerlich Zementfabriken unterstützt, was wir kritisieren. Das Ziel sollte eine Recyclingquote in der Höhe von siebzig Prozent sein, was hier aber nicht möglich ist. Der ökologische Nutzen einer flächendeckenden Sammlung der Plastikverpackungen entspricht auf eine Person bezogen dem Effekt, dreissig Kilometer weniger Auto zu fahren oder ein Steak weniger zu essen, so auch die besagte Studie. Die privaten Kunststoffsammler werben mit sehr hohen Verwertungsquoten. Vom Kassensturz wurde bereits aufgedeckt, dass gewisse ihrer Behauptungen zu mutig sind, dass es etwa nicht achtzig Prozent der Kunststoffe sind, die recycelt werden. Auch deckte der Kassensturz auf, dass der Plastikmüll teilweise sehr weite Wege hinter sich hat, lange unbearbeitet auf Lagerplätzen liegt und dass viel der Ware ins Ausland verfrachtet wird. Ausserdem ist nicht bekannt, was am Ende mit dem Altkunststoff geschieht. Ein Teil davon landet sogar in China. Das Land veranlasste nun aber einen Importstopp auf die Rezyklate: Diese Nachfrage wird also zukünftig nicht mehr bestehen und es wird zu einem Rückstau aus China kommen. Die Sammlung von Kunststoffen aus Haushalten macht bei den hohen Kosten nur einen geringen ökologischen Nutzen aus.

Claudia Rabelbauer (EVP): Wir unterstützen das Postulat. Meine Verwandten im Tirol sind erstaunt, dass wir in der Schweiz Plastik nicht bereits flächendeckend separat sammeln. Ich persönlich trenne Plastik vom restlichen Abfall, dies in Zusammenarbeit mit Privaten. Ich gehe davon aus, dass es sich dabei um eine umweltfreundliche und soziale Dienstleistung handelt. Seit dieser Trennung hat sich mein Verbrauch an Züri-Säcken halbiert. Sympathisch ist auch die verlangte Wirtschaftlichkeitsprüfung im Postulat. Kann jedoch mit Plastikabfall Geld generiert werden, würde das dem Minimieren dieses Abfalls entgegenwirken. Heute sind viele Produkte in zu viel Plastik verpackt, weshalb es sinnvoll ist, die Konsumenten zur geringeren Abfallproduktion zu erziehen. Wir legen dem Stadtrat nahe, bei der Prüfung miteinzubeziehen, wie die Produktion von Plastikabfällen grundsätzlich minimiert werden kann.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der Vorstoss erscheint auf den ersten Blick sympathisch, denn niemand befürwortet Plastikabfall. Die Forderungen sind jedoch zu radikal. Der Aufwand wird zu hoch sein, er entspricht einem asymptotischen Kurvenverlauf: Der Nullpunkt wird nie erreicht, aber je näher man an ihn gelangt, desto mehr steigen die Kosten oder der Verzicht. So muss man sich fragen, ob das Opfer des Opfers willen gefordert wird, was ich aber hier nicht vorwerfen will. Das Postulat muss grundsätzlich betrachtet werden.



4 / 4

Dubravko Sinovcic (SVP): Die Verhältnismässigkeit der Forderungen darf nicht ausser Acht gelassen werden. Wenn ein tatsächlich relevanter Betrag CO₂ eingespart werden will, müssten dafür viele Milliarden Franken ausgegeben werden. Bei dieser Aussage handelt es sich nicht um eine Verharmlosung, sondern um ein Faktum. Die verlangte Prüfung geschah bereits, das Resultat ist, dass PET- und andere hochwertige Plastikabfälle weiterhin gesammelt werden sollen und der restliche Plastikabfall weiterhin in der Kehrichtanlage verbrennt werden soll.

Matthias Probst (Grüne): Ich halte die eingesparten 0,7 Prozent des CO₂-Ausstosses für eine veritable Zahl. Unser Beitrag sollte nicht in den globalen Kontext gesetzt werden. Im Vorstoss fordern wir nicht die Einführung des Plastikrecyclings, sondern die notwendige Überprüfung des Systems. Heute bestehen verschiedene private Anbieter für Plastikrecycling; hierbei sollte sich die Stadt einmischen. Im Postulat fordere ich nicht, dass lediglich Haushalt-Plastikabfälle betroffen sind. Es entsteht viel organisierter Kehricht im Gewerbe, wo ein Abfangen leichter ist. Ich bin überzeugt, dass die Prüfung zu interessanten Schlüssen kommen wird und freue mich auf die Resultate.

Das Postulat wird mit 72 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat